

eines einheitlichen Wahlgesetzes vorsieht — volle Entfaltungsmöglichkeiten der demokratischen Kräfte und des Willens der Massen.

Die Durchsetzung gesamtdeutscher Wahlen nach vorhergegangener Verständigung über ein einheitliches Wahlgesetz bedeutet deshalb gerade die Verhinderung der von Adenauer und Schumacher unterstützten amerikanischen Kriegspolitik und die Schaffung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands.

Die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlichem Wege ist möglich

Was halten nun die Genossen für richtig, die nicht daran glauben, daß das deutsche Volk die Kraft besitzt, gegen den Widerstand der Spalter in Bonn und Westberlin seinen Willen durchzusetzen und eine gesamtdeutsche Beratung zu erzwingen? Diese Genossen unterschätzen einerseits die Kräfte der breiten Massen des Volkes. Sie sind aber andererseits der Meinung, daß die Arbeiter in Westdeutschland die erforderliche Kraft, die ideologische und organisatorische Reife besitzen und daß die Situation reif sei, die Volksmassen zur Revolution zu führen, die Macht der Imperialisten zu stürzen, die Gutsbesitzer zu verjagen und daß dann der richtige Augenblick gekommen sei, um gesamtdeutsche Wahlen zu einer Nationalversammlung durchzuführen. Bedeutet das etwa nicht, das Pferd am Schwanz aufzäumen? Bedeutet das nicht ein opportunistisches Zurückweichen von den Schwierigkeiten des Kampfes zur Durchsetzung der gesamtdeutschen Beratung, ein Zurückweichen, das durch Gerede von der Revolution getarnt wird? Jawohl, das ist in Wahrheit der Verzicht auf den Kampf für die Sicherung des Friedens, gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands!

Wer die Kriegsvorbereitungen der Truman, Cloy, Adenauer, Schumacher und Konsorten zunichte machen will, der muß für die friedliche Verständigung der Deutschen untereinander kämpfen.

„Darum ist der Volkskammerappell, der den Krieg in Deutschland verhindern will, zugleich der konkrete Weg, einen dritten Weltkrieg zu verhindern“ (Oelßner).

Wer die Möglichkeit der friedlichen Vereinigung Deutschlands verneint, unterstützt tatsächlich die Feinde des deutschen Volkes, die Adenauer und Konsorten, die alle erdenklichen Ausflüchte machen, um gesamtdeutsche Wahlen zu verhindern. Zu diesem Zweck — die Unmöglichkeit der friedlichen Vereinigung Deutschlands zu „beweisen“ — haben sie sich doch extra an die UN gewandt und deren Einmischung in die alleinigen Angelegenheiten des deutschen Volkes verlangt.

So sehr fürchten sie sich vor der Bevölkerung Westdeutschlands, die immer stärker ihrem Willen Ausdruck gibt, die von unserer Regierung dargebotene Möglichkeit friedlicher Vereinigung durch gesamtdeutsche Beratungen und Wahlen zu nutzen.

Die Praxis beweist die Richtigkeit der Politik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

Es besteht kein Zweifel — die täglichen Meldungen der Presse und des demokratischen Rundfunks beweisen es —, daß die Kumpel des Ruhrgebiets, die Metallarbeiter Westdeutschlands, die Hafendarbeiter in Hamburg und Bremen ihre Reihen im Kampf gegen den Schumanplan und den Generalkriegsvertrag fester schließen, den Kampf organisieren, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse immer mehr verbreitern und alle demokratischen und patriotischen Kräfte mit Mut und Zuversicht auf den Sieg der gerechten Sache, des Kampfes um Frieden und Einheit, erfüllen. Zwar ist der Schumanplan vom Bonner Bundestag ratifiziert worden, aber es wird sich noch zeigen, was Herrn Adenauer die Zustimmung einiger Dutzend zu jedem Landesverrat bereiter Abgeordneter nutzt, wenn Millionen Arbeiter entschlossen sind, den Plan der Hai-

fische des internationalen Rüstungskapitals zunichte zu machen.

Und es ist, wie Genosse Walter Ulbricht auf der Pressekonferenz am 16. Januar 1952 dem Vertreter des „Nordwestdeutschen Rundfunks“ antwortete, „gar nicht selbstverständlich, daß der Generalvertrag angenommen wird. Es hängt von der Entwicklung der Friedenskräfte in Westdeutschland ab, vom Zusammenschluß der demokratischen Kräfte, daß die Annahme dieses Generalvertrages der Verklavung Westdeutschlands verhindert wird. . . . Niemand soll denken, daß uns etwa die Annahme des Schumanplans oder des Generalvertrages irgendwie veranlassen könne, unsere Politik des Kampfes um die nationale Einheit Deutschlands und um einen Friedensvertrag abzuschwächen. . . . Der Kampf um die Einheit Deutschlands, der Kampf um das Lebensrecht der deutschen Nation, der beginnt jetzt erst richtig.“

„Neues Deutschland“ vom 17. Januar 1952

Warum hat die Bewegung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in Westdeutschland es vermocht, besonders in den letzten Wochen den Widerstand gegen die Politik Adenauers so bedeutend zu verstärken?

Doch wohl vor allem deshalb, weil die Vorschläge der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik dem ganzen deutschen Volk einen realen Weg zur Herstellung der Einheit und Sicherung des Friedens gewiesen haben, weil unsere Regierung ihr nationales Verantwortungsbewußtsein, ihren Willen, „das ganze, einheitliche Deutschland, das friedliebend und demokratisch sein soll“ (Oelßner) zu schaffen, dokumentiert und den nationalen Verrat Adenauers entlarvt hat.

Für das Erstarren des nationalen Widerstandes sind unsere tägliche schöpferische Arbeit und die zunehmende Stärke der Deutschen Demokratischen Republik als Beispiel der friedlichen Entwicklung von allergrößter Bedeutung.

Das bedeutet aber, daß unser Volk den gesamtdeutschen Beratungen und freien, demokratischen Wahlen von Tag zu Tag näher kommt und daß Adenauer vor dem völligen Bankrott seiner volksfeindlichen Politik steht.

Genosse Oelßner antwortet in seinem Referat „Der Volkskammerappell und die SED“ ausführlich auf die Frage, ob die Vorschläge der Volkskammer real sind. Dabei sagt er u. a.:

„Schließlich wird noch gefragt, ob denn die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlichem Wege überhaupt möglich ist, da doch die amerikanisch-englischen Besatzungsbehörden die Spaltung Deutschlands wollen. Es ist klar, daß die Frage unmittelbar mit der Frage der Vermeidbarkeit des Krieges zusammenhängt. Auch sie wird einzig und allein durch die Entwicklung der Massenbewegung, besonders durch den Kampf der Arbeiterklasse entschieden. . . . Das in Jahrhunderten qualvollen nationalen Kampfes gewachsene Bewußtsein der nationalen Zusammengehörigkeit der Deutschen wird sich schließlich wie eine elementare Gewalt durchsetzen. . . . Wird der nationale Strom stark genug sein, dann wird er die nationalen Verräter hinwegschwemmen. Und dann müssen auch die Okkupationsbehörden schließlich dem Verlangen des deutschen Volkes nach Einheit nachgeben. . . .“

Es gibt keine objektiven Gründe, die gegen die Verwirklichung des Volkskammerappells sprechen.“

Die Agitation der SED beruht auf Wahrhaftigkeit

Obwohl Genosse Oelßner die Richtigkeit und Durchführbarkeit des Vorschlages der Volkskammer ausführlich erläutert hat und obwohl er im letzten Teil seines Referates betonte, daß jedes Mitglied der Partei vom Ernst der Lage und von der Richtigkeit und der Bedeutung des Schrittes der Volkskammer überzeugt sein muß, um andere überzeugen zu können, verharren einzelne Genossen auf dem Standpunkt, die Forderung nach gesamtdeutschen Wahlen habe „nur agitatorische“ Bedeutung.